

Weitreichende Folgen für die Landwirtschaft

Die EU-Agrarminister haben am 23. Juni 2008 die Neuordnung der Pflanzenschutzmittel-Zulassung in Europa beschlossen. Zukünftig sollen für die Zulassung von Wirkstoffen so genannte Ausschlusskriterien eingeführt werden. Diese bewerten ausschließlich die Stoffeigenschaften in konzentrierter Form und nicht wie bisher das Anwendungsrisiko eines Pflanzenschutzmittels in der Praxis.

Die Folgen: Ein Großteil der bewährten, seit Jahren erfolgreich im Einsatz befindlichen Wirkstoffe wäre betroffen und würde verloren gehen.

Gegen die wenigen verbliebenen Wirkstoffe würden Schädlinge und Pilze wesentlich schneller resistent werden und so eine Bedrohung einzelner Kulturen, z.B. bei Getreide, Obst oder Gemüse, darstellen. Nun soll der EU-Ministerratsbeschluss im Europäischen Parlament noch weiter verschärft werden. **Die Folgen für die Landwirtschaft wären katastrophal.**

„Selbst bei Großkulturen wie Getreide oder Kartoffeln müsste man mit Ertragseinbußen bis zu 30 % rechnen, wenn die momentanen Vorstellungen des Parlaments umgesetzt werden“, warnt **KommR Dir. Andreas Stöckl**, Vorsitzender der Industriegruppe Pflanzenschutz (IGP).

Österreich wäre dann aufgrund geringerer heimischer Ernteerträge bei wichtigen Grundnahrungsmitteln wie z.B. Weizen oder Raps einem erhöhten Importdruck ausgesetzt.

Unsichere Preisentwicklungen wären eine zusätzliche Belastung für den heimischen Markt.

Sicherheit und Qualität stehen an erster Stelle. Die österreichischen Hersteller sowie die IGP verfolgen das gleiche Ziel wie die europäischen Institutionen: Die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards, um somit Anwender, Konsumenten und die Umwelt vor Risiken und Nebenwirkungen zu schützen. Jedoch zerstört die Pflanzenschutz-Novelle in ihrer jetzigen Form jegliche Grundlagen für einen nachhaltigen Pflanzenschutz.

Die Entwicklung der nächsten Generation von Wirkstoffen ist gefährdet, was eine schnellere Resistenzbildung bei Schädlingen und Krankheiten be-

günstigt. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Landwirtschaft eine ausreichend große Palette von Pflanzenschutzmitteln bzw. Wirkstoffen benötigt, um den effektiven und langfristigen Schutz einzelner Kulturen sicher zu stellen.

„Die neuen Kriterien bringen keinen Gewinn an Sicherheit für Anwender, Umwelt und die Verbraucher. Die drastische Abnahme der verfügbaren Wirkstoffe führt zu sinkenden Erträgen in der Produktion. Für die heimische Landwirtschaft wird es deshalb zukünftig schwerer werden, den Kunden hochwertige Lebensmittel aus Österreich zu angemessenen Preisen anzubieten“, kritisiert Stöckl.

Neue Pflanzenschutzpolitik - aber wohin führt der Weg? Bisher wurden bei der Zulassung einzelner Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel immer die konkreten Risiken bewertet, die bei der praktische Anwendung zu erwarten sind. Erst nach sorgfältiger Prüfung auf mögliche Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt erfolgte eine Zulassung. Nach aktuellem EU-Agrarministerbeschluss und unterstützt - bzw. in weiterer Folge noch verschärft - durch das EU-Parlament werden diese bewährten Kontrollmechanismen der Vergangenheit angehören.

Zukünftig werden Wirkstoffe nicht mehr zugelassen, wenn sie in konzentrierter Form bestimmte Eigenschaften besitzen, zum Beispiel neurotoxisch sind oder auf das Hormonsystem wirken. Aufgrund dieser neuen Ausschlusskriterien haben Stoffe, deren Risiko nachweislich gering und akzeptabel ist, keine Chance.

„Die künftige Einführung von sogenannten KO-Kriterien für die Zulassung von Wirkstoffen ist klar abzulehnen. Die Ausschlusskriterien betrachten

lediglich die Stoffeigenschaften und nicht wie bisher das eigentliche Anwendungsrisiko eines Pflanzenschutzmittels in der Praxis“, erklärt Stöckl.

Der Europäische Pflanzenschutzverband (ECPA) hat die Auswirkungen der Ausschlusskriterien des aktuellen Ministerratsbeschlusses für rund 200 Wirkstoffe analysiert.

Das Ergebnis macht das anzunehmende Ausmaß erst sichtbar - zwischen 9 und 25 % aller Wirkstoffe wären betroffen und würden gänzlich vom Markt verschwinden.

Bei den Insektiziden würden zwischen 8 und 21 % der Wirkstoffe verloren gehen, bei den Fungiziden zwischen 13 und 36 % und bei den Herbiziden zwischen 9 und 22 %.

Für die Landwirtschaft hätte das weitreichende Folgen. Im Fall einer zusätzlichen Verschärfung durch das Europäische Parlament wären die Folgen noch gravierender. Mindestens 67 %, im schlechtesten Fall sogar 85 % der Wirkstoffe blieben auf der Strecke.

Besonders dramatisch wäre die Situation bei den Insektiziden - rund 90 % der Wirkstoffe wären betroffen.

Der Europäische Pflanzenschutzverband argumentiert, dass ein Verbot zu vieler Wirkstoffe sowohl für Landwirte als auch für die Ernteerträge der EU unzutraglich sei. Dies führe zu höheren Lebensmittelpreisen und steigere die Abhängigkeit der Union von Lebensmittelimporten.

(Keine) Lösung in Sicht? Vor dem Hintergrund der weitreichenden Folgen des EU-Ministerratsbeschlusses für die österreichische Landwirtschaft, Industrie und Bevölkerung gilt es, die aktuelle Pflanzenschutzmittel-Novelle breit und auf allen Ebenen zu diskutieren und zu hinterfragen.

Eine konkrete Folgeabschätzung, z.B. im Rahmen einer europaweiten Auswirkungsstudie, ist dringend erforderlich, um so die Konsequenzen einer Verschärfung zu belegen.

„Österreichs Landwirtschaft und Industrie stehen seit jeher für einen umfassenden und vor allem nachhaltigen Pflanzenschutz. Die Vereinbarkeit von Sicherheit, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit muss auch weiterhin gewährleistet werden“, fordert Stöckl.

www.pflanzenschutz.fcio.at/